



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION



5463/07 (Presse 7)

(OR. en)

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

2776. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen

AUSSENBEZIEHUNGEN

Brüssel, den 22. Januar 2007

Präsident **Herr Frank-Walter Steinmeier**
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

* Einige Punkte zum Thema Außenbeziehungen wurden auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) ohne Aussprache angenommen (Dok. 5462/07).

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B - 1048 BRÜSSEL Tel. +32 (0)2 281 8716 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

5463/07 (Presse 7)

1
DE

IRAN - Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat nahm die folgenden Schlussfolgerungen an:

"Der Rat hat das Nuklearprogramm Irans erörtert. Der Rat bedauert, dass Iran die vom Gouverneursrat der IAEAO und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wiederholt geforderten Schritte nicht unternommen hat. Der Rat begrüßt einhellig die Annahme der Resolution 1737 des Sicherheitsrates vom 23. Dezember 2006. Diese Entscheidung stellt eine notwendige und angemessene Reaktion auf die Missachtung der Anliegen der internationalen Gemeinschaft sowie der Resolution 1696 des Sicherheitsrates durch Iran dar.

Der Rat begrüßt die Maßnahmen der Resolution 1737, die sich gegen die sensibelsten Teile des Nuklearprogramms und des Flugkörperprogramms Irans richten, und fordert alle Länder auf, die Maßnahmen uneingeschränkt und unverzüglich durchzuführen.

Um die Maßnahmen der Resolution 1737 des Sicherheitsrates der VN bei gleichzeitiger Wahrung der Kohärenz der EU-Politik wirksam umzusetzen, sind die Minister unter Verweis auf die EU-Politik, keine Waffen an Iran zu verkaufen, wie folgt übereingekommen: Die EU sollte die Ausfuhr von Gütern der NSG- und MTCR-Listen aus Iran und deren Einfuhr nach Iran verhindern, Transaktionen mit Personen und Einrichtungen, die unter die Kriterien der Resolution 1737 des Sicherheitsrates der VN fallen, verbieten und deren Vermögenswerte einfrieren, Reisen von Personen, die unter diese Kriterien fallen, in die EU verbieten und Maßnahmen ergreifen, um iranische Staatsangehörige vom Studium in proliferationsrelevanten Fachgebieten in der EU abzuhalten.

Der Rat begrüßt die Entscheidung des Sicherheitsrates, den Generaldirektor der IAEAO zu ersuchen, innerhalb von 60 Tagen einen Bericht vorzulegen, die Aktionen Irans im Lichte dieses Berichts zu prüfen und die Anwendung der Maßnahmen auszusetzen, falls und solange Iran alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und Wiederaufarbeitungstätigkeiten, einschließlich Forschung und Entwicklung, aussetzt, was von der IAEAO zu verifizieren ist, um den Weg zu Verhandlungen zu eröffnen und für den Fall, dass der Iran diese Resolution nicht befolgt, weitere Maßnahmen nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen zu beschließen, um Iran zur uneingeschränkten Befolgung der Resolution des Sicherheitsrates und der Forderungen des Gouverneursrates der IAEA zu bewegen. Der Rat betont in diesem Zusammenhang, dass er weiterhin an einem abgestuften und angemessenen Konzept festhält.

Der Rat erklärt erneut, dass er weiterhin die Bemühungen um eine langfristige Verhandlungslösung unterstützt. Er bekräftigt, dass er die weit reichenden Vorschläge unterstützt, die der Hohe Vertreter der EU Iran am 6. Juni 2006 unterbreitet hat und die den Weg für neue, auf gegenseitigem Respekt und erweiterter Zusammenarbeit beruhenden Beziehungen zum Iran ebnen könnten, und er fordert Iran auf, die Chance für eine Verhandlungslösung zu nutzen."